

Ein Schwimmbad für Palästinenser

Ein Jude und ein Muslim wollen zusammen den vernachlässigten Osten Jerusalems aufwerten – dann greift die Hamas Israel an

KARIN A. WENGER, JERUSALEM

Als Shai Doron vor fünf Jahren Chef der Jerusalem Foundation wurde, sagte der Israeli seinen Mitarbeitern: Er werde die Stiftung so lange leiten, bis die Palästinenser in Ostjerusalem zwei öffentliche Schwimmbäder hätten. Der 63-Jährige erinnert sich, wie seine Kollegen die Stirn runzelten. Denn sie ahnten, dass dieses Ziel einfacher klingt, als es ist.

Doron, der beim Erzählen Energie und Optimismus versprüht, ist Schwimmer. Nervös wird er, wenn er abends um zehn Uhr noch keine Bahnen durchs Wasser gezogen hat. Einst arbeitete er im Büro des Bürgermeisters von Jerusalem. Seit 1967 habe die Verwaltung achtzehn Schwimmbäder gebaut – alle im westlichen Teil der Stadt.

Die Schwimmbecken illustrieren die Kluft, die zwischen West- und Ostjerusalem herrscht. Den östlichen Teil, den die Palästinenser als Hauptstadt eines künftigen Staates beanspruchen, besetzten israelische Truppen im Sechstagekrieg 1967. Danach begann Israel, nicht nur den Westen, sondern ganz Jerusalem zu verwalten. Mehr als ein Drittel von der knappen Million Einwohnern sind Muslime. Die meisten haben eine Aufenthaltsbewilligung, sind aber keine Bürger.

Gleiche Chancen für alle

In den arabischen Ostteil Jerusalems floss während Jahrzehnten nur ein Bruchteil des Budgets der Stadtverwaltung. Im Gegensatz zum Westen sind im Osten die Strassen brüchig, es fehlt an Klassenzimmern, drei Viertel der palästinensischen Familien leben unterhalb der Armutsgrenze. Diese Kluft zu schliessen, bezeichnet Shai Doron als Mission seines Lebens. «Ich will, dass Jerusalem ein Vorzeigemodell wird für gemeinsames Leben», sagt er. Das bedeutet für ihn: gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle. Dabei geht es ihm auch um die Unterschiede zwischen den orthodoxen Juden und den oft besser gestellten Säkularen.

Jerusalem, das Juden, Muslime und Christen verehren, halten manche für einen der kompliziertesten Orte der Welt. Obschon hier immer wieder die Gewalt eskaliert, besonders auf dem Tempelberg, findet Doron: «Andere sehen Probleme, ich sehe Lösungen.» Zwei Jahre lang arbeitete Dorons Stiftung am Plan für das Hallenbad. Er sammelte zwanzig Millionen Dollar Spen-



Treue Freunde: der Palästinenser Wasim Elhaj (links) und der Israeli Shai Doron.

DOMINIC NAHR / NZZ

dengelder, überzeugte die Stadtverwaltung und erhielt eine Baubewilligung. Im Sommer 2022 begannen die Bagger zu graben in Ostjerusalem im Quartier Beit Hanina.

Geplant ist ein modernes Sportzentrum mit drei Schwimmbecken und einem Fitnessbereich. Sobald das Gebäude steht, wird Shai Doron den Schlüssel zum Zentrum dem 34-jährigen Wasim Elhaj in die Hand drücken. Der Palästinenser leitet das Gemeindezentrum in Beit Hanina, das seit bald dreissig Jahren Sportkurse, Weiterbildungen oder Kinderbetreuung für die Bewohner der umliegenden Quartiere organisiert. Elhaj und seine lokalen Mitarbeiter werden die volle Verantwortung für das Sportzentrum tragen. «Das war meine Bedingung, dafür habe ich gekämpft. Ich brauchte einige Zeit, um die Stadt zu überzeugen», sagt Doron. Das Sportzentrum, das eigentlich in ein- einhalb Jahren eröffnen sollte, wird mindestens hundert Arbeitsplätze schaffen. So lautete der Plan. Dann kam Samstagmorgen, der 7. Oktober.

Doron beschreibt, er habe die ersten Stunden, als sich die Nachrichten über das Massaker der Hamas-Terroristen langsam verbreitet hätten, in einer Schockstarre erlebt. «Ich bin froh, dass wir genug Weisheit und Erfahrung hatten, um schon am Samstagnachmittag aus der Starre aufzuwachen», sagt er.

Zusammen mit seinem Team habe er sofort begonnen, Kontakt zu Geldgebern in der ganzen Welt aufzunehmen, auch in der Schweiz. Innerhalb von wenigen Stunden richteten sie einen Notfallfonds ein. Für Israeli aus dem Süden, die ihre Häuser verlassen mussten, und ein Teil sollte auch den Bewohnern in Ostjerusalem zugutekommen. «Selbst in den dunkelsten Tagen Israels müssen wir Brücken bauen.»

Es war ein kurzer Telefonanruf in den Tagen nach dem Massaker, der Wasim Elhaj tief berührte. «Wie geht es dir?», habe ihn Shai Doron am anderen Ende der Leitung gefragt. «Und was brauchst du?» Zwei Fragen, vermeintlich banal, die für den Palästinenser Elhaj ein fundamentaler Beweis der

Freundschaft waren. Mit seinen anderen jüdischen Kollegen redete er in den ersten Wochen gar nicht. «Ich fürchtete, dass mir als Muslim eine Mitschuld gegeben würde», sagt Elhaj und erzählt, wie belastend die Situation gerade sei. Schon nur Mitleid zu äussern mit den vielen Zivilisten, die im Krieg in Gaza getötet würden, sei heikel.

Durch die Gesellschaft in Israel zieht sich seit dem 7. Oktober viel Angst, Wut und Misstrauen. Sowohl Juden als auch Palästinenser trauern über immense Zahlen getöteter Zivilisten in ihren Gemeinschaften. Doron, dessen Schwiegersohn fürs israelische Militär in Gaza kämpft, hat noch nie in seinem Leben eine so angespannte Stimmung in seiner Heimat erlebt. «Nicht einmal annähernd», sagt er gleich zwei Mal hintereinander. Familien in Ostjerusalem, die von seiner Stiftung zurzeit Notfallpakete mit Essen erhielten, seien beispielsweise besorgt, ihre Nachbarn könnten erfahren, dass sie von Israeli unterstützt würden.

Bevor Doron für das Gespräch mit der NZZ an diesem Tag Anfang Novem-

ber ins Auto gestiegen und nach Ostjerusalem gefahren ist, hat er seinen Kollegen angerufen und gefragt: «Ist es okay, wenn ich zu dir komme?» Er wolle Elhajs Arbeit im Gemeindezentrum nicht dadurch sabotieren, dass ihn seine Mitmenschen mit einem Israeli sähen und das zu schlechtem Gerede führe. Anfeindungen wegen ihrer Arbeit kennen beide Männer. Seit Jahrzehnten arbeiten Juden und Muslime in Jerusalem zwar oft Seite an Seite, doch nur selten tauchen sie tief in das Leben des jeweils anderen ein. Die Mehrheit auf beiden Seiten liest unterschiedliche Nachrichten, lernt gegensätzliche Versionen der gemeinsamen Geschichte und sieht nur das eigene Opfernarrativ.

Bauarbeiten unterbrochen

Die grosse Baustelle vis-à-vis von Elhajs Büro steht zurzeit fast still, denn viele Bauarbeiter sind Palästinenser aus dem Westjordanland. Über 150 000 palästinensische Arbeiter dürfen seit der Hamas-Attacke nicht mehr nach Israel pendeln für die Arbeit, da sich der Staat vor Angriffen fürchtet. Dennoch ist aufgeben für die beiden Freunde keine Option. Das Hallenbad eröffne halt ein paar Monate später, sagt Doron.

Man fühlt, wie sehr es ein Herzensprojekt von ihm ist, wenn er erzählt, dass Kinder in Ostjerusalem eine Dreiviertelstunde mit dem Bus fahren müssten zu einem Schwimmbecken im westlichen Stadtteil. Dort fühlten sie sich fremd und unwillkommen. «Ich spreche nicht über ein Hobby. Sondern davon, dass jedes Kind schwimmen lernen sollte», sagt er. Überdurchschnittlich viele Palästinenser ertränken in den Sommermonaten im Meer.

Doch es geht um mehr als Schwimmen. Wasim Elhaj erinnert sich, wie einer seiner Mitarbeiter bei einem Treffen mit Dorons Stiftung gesagt habe: Die einzigen Israeli, mit denen er bis dahin zu tun gehabt habe, seien Polizisten oder Soldaten an Checkpoints gewesen. Da er kaum Hebräisch spricht, tauscht er sich nicht mit Israeli aus. Bei den Treffen mit der Stiftung habe er plötzlich Menschen getroffen, die Gutes tun wollten.

«Ich bin alt und werde bald pensioniert», sagt Doron und legt seine Hand auf Elhajs Schulter. «Er ist die Zukunft.» Bevor Doron aber in Rente gehen kann, will er ein zweites Schwimmbad in Ostjerusalem bauen. Pläne dafür hat er schon.

Israel sprengt gezielt öffentliche Gebäude in Gaza

Das Parlament, der Justizpalast, die Fakultät für Medizin und nun eine Schule: Die Zerstörung scheint vor allem symbolische Bedeutung zu haben

ULRICH VON SCHWERIN

Irgendwann wird der Krieg im Gazastreifen vorbei sein. Dann werden die Palästinenser das zerstörte Gebiet mit internationaler Hilfe wieder aufbauen müssen. Die 2,3 Millionen Einwohner werden Wohnhäuser brauchen, aber auch Schulen, Universitäten und Gerichte. Daher ruft es Kritik hervor, dass die israelische Armee gezielt öffentliche Einrichtungen sprengt, obwohl von ihnen keine erkennbare Gefahr mehr für ihre Truppen ausging. Zuletzt traf es eine Oberschule des Uno-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) im Norden des Gazastreifens.

Ein Video, das vergangene Woche in den sozialen Netzwerken geteilt wurde, zeigt, wie die beiden mehrstöckigen Schulgebäude am Rande der Stadt Beit Hanun inmitten einer grauen Staubwolke unter dem Jubel von israelischen Soldaten in sich zusammenbrechen – eine gezielte Sprengung. Dass die Soldaten den Sprengstoff platzieren konnten, deutet darauf hin, dass sie sich im Gebäude gefahrlos aufhalten und bewegen konnten.

Der UNRWA-Direktor Philippe Lazarini bezeichnete die Sprengung als

«ungeheuerlich». Uno-Schulen, Spitäler und andere öffentliche Einrichtungen seien gemäss dem Völkerrecht geschützt. Auf Nachfrage der NZZ äusserte sich die israelische Armee nicht zur Sprengung. Wenige Tage zuvor hatte die Armee erklärt, sie sei aus einer Uno-Schule in Beit Hanun beschossen worden. Fotos der Armee deuteten aber darauf hin, dass es sich um eine andere Schule handelte.

Israel wirft der Hamas seit Jahren vor, Schulen, Spitäler, Moscheen und andere zivile Einrichtungen als Waffenlager, Kommandozentren und für den Abschuss von Raketen zu nutzen. In vielen Fällen gibt es dafür auch konkrete Beweise. Allerdings vermuten Kritiker wie der israelische Friedensaktivist Gershon Baskin, dass es Israel mit der Sprengung der Gebäude vor allem darum geht, Symbole der palästinensischen Souveränität zu beseitigen.

Keine Bedrohung für die Armee

Auch die Fakultät für Medizin der Al-Azhar-Universität wurde am 8. Dezember von der israelischen Armee gezielt gesprengt. Ein Video zeigt, wie gleichzeitig mehrere Explosionen die beiden

Gebäude südlich von Gaza erschüttern, bevor sie in einer riesigen Staubwolke einstürzen. Auf die Einfahrt der Fakultät war der Schriftzug «Wars have limits» (Kriege haben Grenzen) gemalt worden, wie Satellitenbilder zeigten. Das Gebäude der Rechtsfakultät nebenan war bereits Wochen zuvor durch israelische Luftangriffe zerstört worden.

Vier Tage vor der Medizinfakultät hatten die Israeli auch ein wenige hundert Meter entfernt gelegenes Gerichtsgebäude in die Luft gejagt. Auch diese Sprengung wurde von den Israeli per Video dokumentiert. Eine Militäreinheit hatte den sogenannten Palast der Justiz rund zwei Wochen zuvor unter ihre Kontrolle gebracht und ein Foto veröffentlicht, das eine Gruppe Soldaten vor dem Eingang zeigt. Offensichtlich waren zu diesem Zeitpunkt keine Hamas-Kämpfer mehr in dem Gebäude.

Auch das Parlament in Gaza, das die Israeli am 15. November bei einem Luftangriff gezielt in Trümmer legten, war zuvor von der Armee besetzt worden. Ein Foto hatte zwei Tage zuvor Soldaten in einem Sitzungssaal gezeigt. Die Fakultät für Medizin war zum Zeitpunkt ihrer Sprengung offenbar ebenfalls fest in der Hand des Militärs. Auf einem

Foto posiert ein Soldat mit einem siebenarmigen jüdischen Leuchter vor dem Eingang. Auf eine Plakette daneben hat jemand gesprüht: «Ours now!»

«Hat Israel nichts gelernt?»

Der bekannte israelische Friedensaktivist Gershon Baskin schrieb auf X, die Sprengung des Gerichts sei dumm gewesen. Militärisch habe es dafür keinen Grund gegeben. «Hat Israel nichts aus den Fehlern der USA im Irak gelernt? Am Tag danach wird es wieder Recht und



Ordnung, Gerichte und Regierungsangestellte brauchen», schrieb Baskin, der in den vergangenen Jahren wiederholt bei Verhandlungen mit der Hamas über die Freilassung von Geiseln vermittelt hat.

Das prunkvolle Gerichtsgebäude war nach dem Krieg der Hamas mit Israel 2014 mit Geld aus Katar gebaut worden. Während die Hamas das Gericht bei seiner Einweihung 2018 als Ausdruck der Souveränität Palästinas bewarb, wandten Kritiker ein, dass die elf Millionen Dollar besser zur Versorgung der Opfer des letzten Krieges verwendet worden wären. Unter der autoritären Herrschaft der Hamas sei die Justiz ohnehin nur ein Instrument der Repression.

«Hunderte Familien schlafen auf dem kalten Boden und können sich nicht versorgen», sagte Mohammed Hassna, der frühere Direktor der Organisation für Islamische Zusammenarbeit in Palästina, damals gegenüber der emiratischen Zeitung «The National». «Der Palast der Justiz erhält Priorität an einem Ort, an dem es kaum Gerechtigkeit gibt.» Im Fall einer Wiederaufnahme der Kämpfe könnte er leicht zum Ziel werden. «Dieser extravagante Bau wird im nächsten Krieg zweifellos zerstört werden.» Hassna sollte recht behalten.